

Region

Von Kuno Gurtner

Seilschaften am rechten Rand

«P» Freikirchen, konservative Katholiken, die EDU, Schweizer Demokraten und junge SVPler: vereint im Kampf gegen Rechte für homosexuelle Paare.
«/P»

Homosexualität widerspreche der Schöpfungsordnung, finden die Unterzeichner des Referendums.

Sie hat es streng, die kleine Eidgenössisch-Demokratische Union (EDU) des Kantons Zürich, die für sich in Anspruch nimmt, nach der Richtschnur der Bibel zu politisieren. Nur gerade 380 eingeschriebene Mitglieder zählt sie laut Parteisekretär Daniel Suter, doch bis Ende Mai gibt es kaum eine Woche ohne Politveranstaltung. Kantonsweit wirbt die EDU für die Abtreibungsverbots-Initiative, die am 2. Juni zur Abstimmung kommt. Und bereits eröffnet sie den nächsten Abstimmungskampf.

Diese Woche hat die EDU das Referendum gegen das Gesetz über die Registrierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften mit 9225 Unterschriften eingereicht - nötig wären 5000. Das Gesetz sieht vor, dass schwule und lesbische Paare ihre Partnerschaft künftig auf dem Zivilstandsamt eintragen lassen können. Das bringt Rechte und Pflichten: Sie werden unterhaltspflichtig und gleich besteuert wie Ehepaare, bezahlen also mehr direkte Steuern, profitieren dafür bei der Erbschaftssteuer. Im Alter sind sie finanziell besser abgesichert. Sie erhalten das Besuchsrecht im Spital, Ärzte müssen Auskunft geben über den Krankheitsverlauf der Partnerin oder des Partners.

Beziehungen zum VPM

Wie bringt es eine Kleinstpartei fertig, intensive Abstimmungskämpfe zu führen und innert nur zwei Monaten fast 10 000 Unterschriften zu sammeln? Die EDU stützt sich auf ein weit verzweigtes Netz von Freikirchen und Politgruppierungen am äusseren rechten Rand. Das zeigt ein Blick auf die Namensliste des Referendumskomitees. Neben EDU-Politikern wie dem Rütner Kantonsrat Stefan Dollenmeier oder dem Winterthurer Verfassungsrat Ulrich Isler gehört zum Beispiel Verena Pfister aus Pfäffikon dem Komitee an. Sie war Mitglied des Initiativkomitees, das den Anteil der ausländischen Bevölkerung auf 18 Prozent festschreiben wollte, wie Peter Niggli und Jürg Frischknecht in ihrem Buch "Rechte Seilschaften" schreiben. Zudem sass sie im Vorstand des Komitees "Jugend ohne Drogen" und war im Umfeld des Vereins für psychologische Menschenkenntnis (VPM) aktiv. Beziehungen zum VPM pflegte auch Hans Steffen, Alt-Nationalrat der Schweizer Demokraten aus Fischenthal und ehemaliges Vorstandsmitglied der Auns (Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz). Die SD hätten tatkräftig beim Referendum mitgeholfen, lobt Dollenmeier.

EDU-Verfassungsrat Markus Wäfler aus Schleinikon kann sich ebenfalls auf Verbindungen im Rechtsaussen-Milieu stützen. Er machte 1994 in einem Komitee gegen das Antirassismusgesetz mit, in dem sich Abtreibungsgegner, Autoparteiler, fundamentalistische Katholiken, der VPM und Organisationen wie die Aargauische Vaterländische Vereinigung oder Pro Libertate ein Stelldichein gaben.

Aktive Freikirchen

Mit den Komiteemitgliedern Siegfried Nüesch, Friedhelm Zwahlen und Stefan Gisler sind direkte Kontakte zu Freikirchen garantiert. Zwahlen ist in Wetzikon Pastor der Freien Christengemeinde, die zur Pfingstmission gehört. Über die "Arbeitsgemeinschaft für Evangelisation" ist er mit den zahlreichen Oberländer Freikirchen vernetzt. Nüesch sass lange im Vorstand des Bundes Freier Evangelischer Gemeinden und arbeitet heute als Organisationsberater und Coach für

Freikirchen. Gisler ist aktives Mitglied der evangelikalen Bewegung "Christen für die Wahrheit", die letztes Jahr medienwirksam gegen den Auftritt des Schock-Rockers Marilyn Manson protestierte.

Grosse Abwesende im Komitee ist die SVP, die im Kantonsrat gegen das Registrierungsgesetz gestimmt hatte. Er habe die SVP angefragt, aber den Bescheid erhalten, das sei "nicht unser Thema", sagt EDU-Kantonsrat Dollenmeier. Dafür hat der Bülacher **Claudio Schmid, Präsident der Jungen SVP** und selbst Mitglied einer Freikirche, beim Unterschriftensammeln geholfen. Was ihm dereinst auch politisch nützlich sein könnte. Schmid, kürzlich in den Bülacher Gemeinderat gewählt, habe Ambitionen auf einen Kantonsratsitz, heisst es. Und da wäre das Zusammengehen mit der EDU bei den Wahlen im nächsten Jahr von Vorteil: 1999 schaffte der Ex-Autoparteiler Bruno Dobler im Bezirk Bülach die Wiederwahl, obwohl er als Parteiloser antrat - dank der Stimmen der EDU, mit der er eine Listenverbindung eingegangen war.
